



## Arbeitskreis Staatsfinanz: Politik muss handeln!

### Arbeitsfallzahlen laufen beim LfF und bei der ImBY zunehmend aus dem Ruder

Messzahlen nach oben anzupassen, ist nicht die Lösung für die anhaltenden Personalprobleme im Bereich des Landesamts für Finanzen (LfF). Darüber bestand Einigkeit in der Sitzung des Arbeitskreises Staatsfinanz der bfg Anfang Oktober. Was soll das bringen, wenn schon heute – bei den bisherigen Messzahlen – Rückstände auflaufen, weil die Arbeit einfach nicht zu schaffen ist? Schönrechnen hilft hier nicht weiter. Es gilt anzuerkennen, dass der politische Auftrag mit dem vorhandenen Personal nicht zu stemmen ist. Also muss in Planstellen investiert werden, sonst geht der Laden baden. Tatsächlich besteht jedoch sogar noch eine Abbauverpflichtung über etwa 150 Stellen. Die ist derzeit wegen der Heimatstrategie zwar ausgesetzt. Um diese Maßnahme aber für dauerhafte Einstellungen nutzen zu können, braucht es einen endgültigen Verzicht. Die Politik muss handeln!

#### Personalverwaltende Behörde stärken!

In nahezu allen Arbeitsbereichen des LfF ist die Arbeitslage äußerst angespannt. Die Planstellenmehrungen im öffentlichen Dienst durch den letzten Doppelhaushalt sind für die bedachten Bereiche sicher erfreulich und zweifellos notwendig. Doch genauso notwendig ist es, die Behörde entsprechend zu verstärken, die das Personal zu verwalten hat – das LfF. Das Aussetzen der Abbauverpflichtung im Zuge der Heimatstrategie war ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Allerdings ist die Maßnahme befristet. Also ist man beim LfF entsprechend vorsichtig bei der Nachbesetzung. Hier bräuchte es ein kla-

res politisches Signal, dass über die Zahl der betroffenen Stellen auf Dauer verfügt werden kann.

#### Lange Bearbeitungszeiten bei der Beihilfe nicht vermittelbar

Gerade in der Beihilfe ist der öffentliche Druck besonders groß. Darauf reagiert die Verwaltung und setzt regelmäßig Personal um, wenn die Laufzeiten dort wieder einmal aus dem Ruder laufen. Dadurch entstehen regelmäßig Lücken in den anderen Arbeitsgebieten. Dort ist aber die Not oft noch größer. Ob Versorgung, Arbeitnehmer oder Besoldung – es knirscht gewaltig im Gebälk! Denn hexen kann niemand. Hat man dann noch Sonderwünsche, zum Beispiel eine gezielte Überprüfung der Zahnarztrechnungen, wird's richtig kitschig. Denn klar ist auch, dass Wartezeiten von mehr als vier Wochen den Beihilfeempfängern kaum zu vermitteln sind. Dann wird wieder umgeschichtet und improvisiert. Und das immer öfter. Das geht an die Substanz und an die Nerven.

#### Einsparvolumen durch EDV unrealistisch

Sollte da nicht die EDV helfen? Stichwort PSB? Auch das war ein Thema im Arbeitskreis. Die ursprünglichen Erwartungen an eine Personaleinsparung kann man heute getrost vergessen. Der Nachbearbeitungsaufwand ist viel höher als angenommen. Die dafür vorgenommenen Neueinstellungen waren dringend nötig, dürfen aber auch künftig nicht zulasten des Personalkörpers des LfF gehen. Sonst wird das Problem nur verlagert. Und der Einsatz eines Risikomanagementsystems in der Beihilfebearbeitung wird wohl die Qualität

verbessern, aber auch dazu führen, dass man noch genauer hinschauen muss. Es hilft einfach nichts: Ohne ein von vorn bis hinten standardisiertes Verfahren, sind EDV-Systeme nur bedingt effizient. Muss man die Maschine erst füttern oder auch nur einen Teil der Daten berichtigen, ist das theoretische Einsparvolumen in der Praxis rasch aufgebraucht.

#### ImBY fordert volle Anrechnung von Reisezeiten

Arbeitsberge hat auch die ImBY zu bewältigen. Dazu sorgen verhältnismäßig viele unterjährige Abgänge für Verdruss, weil sich diese oftmals kaum kompensieren lassen. Auf Unverständnis stößt hier aber insbesondere die Regelung zu den Reisezeiten. Gerade in der ImBY lassen sich Termine eben häufig erst am späten Nachmittag oder Abend vereinbaren. Die Fahrtzeiten sind dann jedes Mal zu 2/3 Freizeitvergnügen. Das ist nicht mehr zeitgemäß! Dienstliche Fahrtzeiten sind Dienstzeit, egal, wann sie anfallen!

#### Zukunft von Ausbildung und Telearbeit

Daneben wurde im Arbeitskreis intensiv die Zukunft der Ausbildung diskutiert. Die bfg wird die Entwicklung genau beobachten. Die Kernkompetenzen müssen erhalten bleiben! Eine „Ausbildung light“ lehnt die bfg ab. Genau wie ein Vergewaltigen der Telearbeit durch überzogene Zielvereinbarungen. Es ist nicht in Ordnung, Beschäftigte wie eine Zitrone auspressen zu wollen, nur weil sie das ‚Privileg‘ der Heimarbeit nutzen. Das hat ja oft genug gute und gewichtige Gründe. Die bfg wird dafür sorgen, dass hier das vertretbare Maß gehalten bzw. wiedergefunden wird.